



>>> DEN AUFSCHWUNG STÄRKEN, JEDER MUSS ERREICHT WERDEN!

Positionspapier des Vorstands der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Beschluss vom 09. September 2007

I.

Deutschland hat nach einer langen Phase der Schwäche wirtschaftlich wieder Tritt gefasst. Das jahresdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstum liegt in den Jahren 2006 bis 2008 voraussichtlich viermal so hoch (2,63 %, DIW Berlin) wie in den drei Jahren zuvor (0,66 %, DIW Berlin). Deutschland kann wieder aus eigener Kraft Wachstum schaffen. Der Aufschwung lebt nicht mehr vom Export allein, der Wachstumsbeitrag der Binnenwirtschaft lag 2006 erstmals wieder höher als der der Außenwirtschaft, vor allem aufgrund kräftiger privater Investitionen.

Im Zuge dieses Aufschwungs entstehen in Deutschland endlich auch wieder neue Arbeitsplätze in vielen Branchen, insbesondere in den mittelständischen Unternehmen. Binnen Jahresfrist konnte die Arbeitslosigkeit um weitere 666.000 Erwerbslose abgebaut werden, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 526.000 gesteigert werden. Besonders ermutigend ist die Tatsache, dass auch wieder Langzeitarbeitslose von einem konjunkturellen Aufschwung profitieren. Im Vergleich zum Vorjahr fiel die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 355.000, die Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit zeigt erste Erfolge. Noch gibt es in Deutschland aber über 3,5 Millionen Arbeitslose. In unseren Anstrengungen, die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, dürfen wir daher nicht nachlassen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat für die Union immer noch höchste politische Priorität.

Gleichzeitig gibt es in manchen Branchen bereits einen Mangel an Fachkräften, im Maschinenbau gehen nach eigenen Angaben schon Produktionschancen verloren durch fehlendes qualifiziertes Personal. Gesamtwirtschaftlich könnten durch die Knappheit an Fachkräften Wachstumschancen in Höhe von einem Prozent des BIP verloren gehen. Im Zuge des demografischen Wandels wird sich dieser Fachkräftemangel noch dramatisch verschärfen. Wir begrüßen deshalb die von der Bundesregierung angekündigte Qualifizierungsoffensive für den Herbst dieses Jahres, insbesondere um den erfreulichen Trend bei den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Abschlüssen fortzusetzen und damit dem sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen zu begegnen. Die Qualifizierung der Arbeitskräfte in Deutschland muss Vorrang haben vor einer Ausweitung der Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Aus diesem Grund begrüßen wir auch die Verlängerung des Ausbildungspaktes um weitere drei Jahre und die Verdoppelung der Zahl der zugesagten Ausbildungsplätze.

Insgesamt wird damit deutlich, dass die Reformanstrengungen der letzten Jahre nicht umsonst waren, von einer ersten ‚Reformrendite‘ in Form steigender Beschäftigung und Einkommenszuwächsen profitieren die Bürger bereits. Die Bereitschaft der Bürger, die weitreichenden Reformen der letzten Jahre, etwa in den Bereichen Arbeit und Soziales, mitzutragen, war nicht umsonst, sie war vielmehr Garant dafür, dass unser Land und unsere Gesellschaft ihre Reformfähigkeit unter Beweis stellen konnten.

Der Standort Deutschland ist nach Einschätzung vieler Experten wieder deutlich wettbewerbsfähiger und attraktiv für in- und ausländische Investoren. Die bereits umgesetzten und eingeleiteten Reformen und Maßnahmen haben hierzu beigetragen und das Wachstumsklima deutlich verbessert.

Hierzu zählen bspw.:

- Die Einleitung der **Konsolidierung des Bundeshaushalts** mit einer Absenkung der Nettokreditaufnahme von 31,2 Mrd. € in 2005 auf 19,58 Mrd. € in 2007, also um über 11 Mrd. € in zwei Jahren.
- Die **Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung** um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent.
- Die **Entlastung von Bürokratiekosten** durch zwei Mittelstandsentlastungsgesetze.
- Die **Reform der Unternehmensbesteuerung** mit einer Verringerung der steuerlichen Gesamtbelastung für alle Unternehmen auf unter 30 Prozent.
- Die steuerliche Förderung der **privaten Haushalte als Arbeit- und Auftraggeber**.

II.

Deutschland hat alle Chancen, in Europa wieder zu einer verlässlichen Wachstumslokomotive zu werden. Diese Chancen gilt es konsequent zu nutzen.

Es wäre deshalb falsch darauf zu bauen, dass dieser kräftige konjunkturelle Aufschwung bereits vollständig zu einem Selbstläufer geworden ist. Eine Reihe von Unsicherheiten machen deutlich, dass die gute konjunkturelle Entwicklung und die deutlich verbesserten Wachstumsperspektiven sowohl durch äußere Einflüsse (Rohölpreisentwicklung, Aufwertung des Euro, Immobilienkrise in den USA) wie auch durch binnenwirtschaftliche Entwicklungen (privater Verbrauch, steigende Zahl an Verbraucherinsolvenzen, strukturelles Budgetdefizit, Energie- und Stromkosten, Bauwirtschaft) beeinträchtigt werden können. Deshalb müssen wir die Wachstumsbedingungen am Standort Deutschland weiter stärken. Damit wird es auch gelingen, die bestehenden Beschäftigungschancen noch besser auszuschöpfen.

Aus diesem Grunde plädieren wir für eine konsequente Fortsetzung einer wachstumsfreundlichen Politik, einer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die die Wachstumskräfte weiter stärkt. Insbesondere die öffentlich bekundete politische Bereitschaft, die Möglichkeiten zu einer weiteren Senkung der öffentlichen Abgabenlasten unter Wahrung des Ziels der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu prüfen, stärkt das Vertrauen der Bürger in die wirtschaftliche Entwicklung. Weitere Reformanstrengungen müssen durch eine weitere ‚Reformrendite‘ belohnt werden.

Die aus der Immobilienkrise in den USA hervorgegangenen Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte und die damit verbundenen möglichen Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung sind nach unserer Auffassung ein deutlicher Hinweis auf die steigende Verantwortung aller beteiligten Länder, durch geordnete Verhältnisse an den Finanzmärkten für eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung zu sorgen. Die Bundesregierung hat sich deshalb richtigerweise bereits im Rahmen des G-8-Gipfels in Heiligendamm für eine erhöhte Transparenz an den Finanzmärkten eingesetzt.

Zu einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Politik in diesem Rahmen zählen aus unserer Sicht in den nächsten Monaten und in der gesamten zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode insbesondere folgende Maßnahmen und Reformen:

- Wir wollen den **Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung** weiter absenken, möglichst auf 3,5 Prozent zum Jahresbeginn 2008.
- Wir fordern die konsequentere **Aktivierung von Arbeitslosen** im Bereich des SGB II, insbesondere durch eine verbesserte Betreuung in den Job-Centern.
- Wir fordern die im Koalitionsvertrag vereinbarte und bereits für Ende 2006 zugesagte Vorlage einer Evaluation der Gesamtheit des **arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums** mit Blick auf dessen Wirksamkeit und Kosten. Ziel muss es sein, die Zahl von derzeit rund 80 Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf maximal 10 zu verringern.
- Wir wollen die Regelung der **Hinzuverdienste** im Rahmen des ALG-II-Bezugs korrigieren mit dem Ziel, Einkommen bis zur Grenze geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in Höhe von 400 € voll anzurechnen und darüber hinaus zusätzliches Einkommen deutlich stärker anrechnungsfrei zu stellen.
- Wir wollen zudem einen **Lohnzuschuss für vollzeitbeschäftigt Bedürftige** einführen und im Zuge dessen die Leistungen aus der Grundsicherung ALG II differenzieren nach Leistungen, die die ALG II-Bezieher selbst bedarfsbezogen erhalten, und Leistungen, die ihnen kind- bzw. familienbezogen gezahlt werden.
- Wir werden die Konsolidierungsbemühungen im Bundeshaushalt fortsetzen und das **strukturelle Defizit weiter abbauen**. Steuermehreinnahmen, die über die bisherigen Prognosen hinausgehen, müssen daher vornehmlich und konsequent zur raschen Rückführung des strukturellen Defizits genutzt werden. Auch müssen neue Projekte und Programme, insbesondere konsumtiver Natur, grundsätzlich gegenfinanziert werden.
- Wir wollen die steuerlichen Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle **privater Haushalte als Arbeit- und Auftraggeber** weiter ausbauen. Neben der Zusammenfassung der bestehenden Leistungen fordern wir eine haushaltspolitisch vertretbare, bes-

sere steuerliche Absetzbarkeit der Kosten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in privaten Haushalten.

- Die am 19. Juni 2007 vereinbarten Eckpunkte zu einer nachhaltigen Weiterentwicklung der **Pflegeversicherung** werden von uns mitgetragen. Einzelne Punkte werden aber im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten und eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung noch zu prüfen sein. Dazu gehören unter anderem: Erstens die Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zweitens der Aufbau neuer Institutionen wie z. B. der Pflegestützpunkte. Drittens die Regelungen zur Qualitätssicherung. Viertens der Anpassungsbedarf in der privaten Pflegeversicherung. Für künftige Reformen hält die Union daran fest, dass mit Blick auf die demografische Entwicklung über diese Reformschritte hinaus der Aufbau einer Demografiereserve und die Einführung kapitalgedeckter Elemente notwendig sind.
- Wir fordern die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der gesetzlichen **Unfallversicherung** umzusetzen mit dem Ziel der Schaffung leistungsfähiger Unfallversicherungsträger und eines zielgenaueren Leistungsrechts.
- Wir wollen die **Erbschaftsteuer** reformieren mit dem Ziel der Erleichterung der Unternehmensnachfolge, so auch bspw. bei landwirtschaftlichen Unternehmen, im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen. Ein weiteres Ziel ist die erbschaftsteuerliche Entlastung kleiner Familienerbschaften durch die Gewährung höherer Freibeträge.
- Wir werden das **Wagniskapitalgesetz** und das Risikobegrenzungs-gesetz wachstumsfreundlich ausgestalten. Wir wollen insbesondere junge innovative Unternehmen fördern, bspw. durch die Verbesserung der Verlustnutzung auch bei der Weiterveräußerung von Unternehmensanteilen.
- Wir fordern die G-8-Staaten auf, Vorschläge zur Schaffung von mehr **Transparenz und angemessener Kontrolle der Finanzmärkte** vorzulegen. Insbesondere die Rolle der Bankenaufsicht muss überprüft werden. Wir fordern zudem die KfW auf, sich auf Dauer von ihren Beteiligungen an der IKB und IPEX-Bank zu trennen.
- Wir werden die Vermögensbildung in Form von **Mitarbeiterbeteiligungsmodellen** fördern und hierbei auch das Instrument steuerlicher Anreize bei Gehaltsumwandlungen nutzen.
- Wir fordern die rasche Umsetzung der Schlussfolgerungen aus dem Erfahrungsbericht mit der Novellierung des **Energiewirtschaftsgesetzes** im Interesse der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im Strom- und Gasbereich. Erforderlich sind insbesondere eine genauere Erfassung des Stromverbrauchs und mehr Transparenz bei der Ausweisung von Kosten sowie eine wettbewerbspolitisch wirksamere Regulierung des Zusammenspiels von Stromerzeugung und Netzbetrieb.

- Wir fordern die **Privatisierung der Deutschen Bahn AG** mit dem Ziel der dauerhaften Erhaltung des Eigentums des Bundes an der Infrastruktur und damit der Möglichkeit zur Wahrung der Verantwortung des Bundes für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur.
- Wir fordern die Bundesregierung auf festzulegen, mit welchen Maßnahmen das Ziel einer **Reduktion der Bürokratie um 25%** bis 2011 erreicht werden soll. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode muss die Hälfte dieses Ziels erreicht werden.

III.

Die große Koalition wird die genannten Maßnahmen und Reformen vorantreiben und sich auch bei ihren sonstigen Entscheidungen vom Ziel der Sicherung der Wachstumsperspektiven leiten lassen. Wir werden insbesondere darauf achten, dass diese Aspekte in der Energie- und Klimaschutzpolitik gebührend berücksichtigt werden. Die klimaschutzpolitischen Ziele lassen sich unter Wahrung der Gesichtspunkte Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit nur mit einem ausgewogenen Energiemix unter Einschluss der Kernenergie erreichen. Die ausreichende Versorgung mit Energie darf nicht zu einer neuen sozialen Frage werden.

Unser Land hat einige Jahre erheblicher wirtschaftlicher Schwäche endlich hinter sich gelassen. Mit diesem Aufschwung, den wir gegenwärtig erleben, mit den damit verbundenen, deutlich verbesserten Perspektiven für wieder steigende Beschäftigung und für sichtbare Einkommenszuwächse wird erkennbar, dass nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ein erstrebenswertes politisches Ziel ist. Die sich bietenden Möglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels gilt es deshalb entschlossen zu nutzen.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
11011 Berlin
Foto: www.photocase.de